



„Ohne Rumänien ist die Europäische Union nicht komplett.“

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker am Freitag in Bukarest

„Wir wollen Einigkeit in der EU angesichts der derzeitigen Herausforderungen schaffen.“

Regierungschefin Viorica Dancila betonte, Rumänien wolle während des EU-Vorsitzes ein ehrlicher Vermittler sein

Juncker: Schengen-Beitritt Rumäniens müsste möglich sein

BUKAREST (APA/dpa). EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hält einen Schengen-Beitritt Rumäniens noch heuer unter seinem Mandat für möglich. Beim Besuch der rumänischen Ratspräsidentschaft sagte Juncker, er habe das zu Beginn seines Amtsantritts 2014 angesprochen, und „ich sehe nicht, warum das nicht eintreten kann“.

Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis ist optimistisch, dass der Überwachungsmechanismus, dem neben Rumänien auch Bulgarien unterliegt, beendet werden könne. Bereits 2018 seien die Bedingungen von Rumänien für den Schengen-Beitritt erfüllt worden.

Angesprochen auf die Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien sagte Juncker, die EU suche immer nach Kompromissen. „Aber das kann nicht das Wesentliche unterminieren. Dieses Wesentliche wäre betroffen, wenn es eine Amnestie für einige Leute gäbe, wie das andere erwarten.“ Johannis hofft, dass „jeder Beteiligte klug genug ist, die Debatte zu einem Ende zu bringen“.

In Rumänien dürfe kein Justizsystem aufgebaut werden, das nicht vereinbar mit anderen Justizsystemen in Europa sei. Außerdem habe sich Rumänien mit dem EU-Beitritt zu den grundlegenden Werten und der Rechtsstaatlichkeit bekannt.

Tausende Argentinier demonstrieren gegen Sparpolitik



BUENOS AIRES (dpa). Tausende Argentinier haben gegen das umstrittene Sparprogramm von Präsident Mauricio Macri protestiert. Sie marschierten zum Auftakt einer geplanten Serie von Demonstrationen durch die Innenstadt von Buenos Aires.

Der Konservative Macri hat die staatlichen Subventionen gekürzt, um das chronische Haushaltsdefizit des Landes zu verringern. Er senkte Subventionen für Versorger, wodurch Strom und Gas erblich teurer wurden. „Der einzige Weg, um das zu stoppen, besteht darin, friedlich zu protestieren“, sagte Pablo Micheli, der Gewerk-

schaftsführer. Die Inflationsrate liegt in Argentinien bei 50 Prozent. Die Landeswährung Peso verlor 2018 die Hälfte ihres Wertes gegenüber dem Dollar, was Importe erheblich verteuert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) stockte sein Hilfsprogramm fürs krisengeschüttelte Land auf, verlangt aber vom Land einen schärferen Sparkurs.

Demonstranten hielten Schilder mit Aufschriften wie „Genug vom Macri-/IWF-Sparprogramm“ hoch.

BILDER auf abo.dolomiten.it



Ein klares Bekenntnis zu Europa legten die Demonstranten in Bukarest ab. Die rumänische Koalition ist europafeindlich

APA/afp/DANIEL MIHAILESCU

Juncker spricht Klartext

RUMÄNIEN: Korruption als Sorgenkind – Zivilgesellschaft begrüßt EU-Spitzen: „Wir wollen Europa, keine Diktatur“

BUKAREST (APA/dpa). EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hat dem korruptionsgeplagten Rumänien zum Auftakt des EU-Vorsitzes ins Gewissen geredet und warnte vor Rückschritten bei der Rechtsstaatlichkeit.

Rumänien hat in den kommenden 6 Monaten den Vorsitz unter den 28 EU-Staaten inne. Aufgabe ist dabei vor allem, die Agenda zu gestalten und Kompromisse zu ermöglichen. Mit dem voraussichtlichen EU-Austritt Großbritanniens am 29. März sowie den Verhandlungen über den EU-Haushaltsrahmen ab 2021 stehen richtungsweisende Ereignisse an.

Zwischen der sozialliberalen Regierung und dem der bürgerlichen Opposition nahe stehenden Staatschef Klaus Johannis herrscht Streit. Aus Johannis' Sicht – sowie aus Sicht der EU-Kommission – macht Rumänien Rückschritte beim Kampf gegen die Korruption.



Viorica Dancila (55) APA/afp

Seit dem EU-Beitritt 2007 steht Rumänien unter besonderer Beobachtung. Die EU-Kommission kritisierte unlängst unter anderem „den Druck auf die unabhängige Justiz im Allgemeinen und insbesondere auf die Nationale Direktion für Korruptionsbekämpfung sowie weitere Schritte, die der Korruptionsbekämpfung zuwiderlaufen“. Zudem sieht sie Einschränkungen der Medien und der Handlungs-

freiheit der Justiz.

Seit dem Antritt der sozialliberalen Regierung 2016 stellte die Brüsseler Behörde erhebliche Rückschritte fest. Hintergrund ist, dass der Chef der regierenden Sozialdemokraten (PSD), Liviu Dragnea, wegen Wahlmanipulationen verurteilt ist und deshalb nicht selbst Premier werden darf. Er kontrolliert aber Partei und Regierung.

Die von der Regierung gedachte Amnestie für Korruptionsdelikte wäre ein Schritt zurück, sagte Juncker nun am Freitag weiter. Zu grundlegenden Fragen dürfe es in Europa keine Kompromisse geben.

Rumäniens Regierungschefin Viorica Dancila pochte darauf, dass ihr Land aus der besonderen Beobachtung entlassen und in den grenzkontrollfreien Schengen-Raum aufgenommen wird.

Er hoffe, dass beides in seiner Amtszeit geschehen könne, sagte Juncker. Der Plan sei es gewesen, die besondere Beobachtung bis zum Ende der Kommissions-

amtszeit – diese endet in diesem Jahr – abzuschließen, sagte er.

Rumäniens Staatschef Johannis sagte, Regierung und Parlament müssten alles dafür tun, um die Aufhebung des Überwachungsmechanismus' zu ermöglichen.

Mit einem Festakt im Athenäum ist am Donnerstagabend im Beisein von Juncker, EU-Ratspräsident Donald Tusk und EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani Rumäniens halbjährige EU-Ratspräsidentschaft offiziell eröffnet worden – begleitet von Protesten der rumänischen Zivilgesellschaft, die ihre Behörden sowie die angereisten hohen Gäste mittels Sprechchören und Transparenten wissen ließ: „Wir wollen Europa, keine Diktatur“, „Wir wollen Justiz, keine Korruption“ und „EU, verzeiht uns diese Regierung“.

BILDER auf abo.dolomiten.it

EUROPA-SPLITTER

Wer verhandelt in Brüssel?

MITGLIEDSTAATEN: Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union als Spielfeld der Interessen

Mit Jahresbeginn hat Rumänien die EU-Präsidentschaft übernommen. Auch diese Woche noch schwelte dort ein Streit zwischen dem (konservativen) Präsidenten Klaus Johannis und der (sozialdemokratischen) Premierministerin Viorica Dancila. Dabei geht es auch darum, wer das Land im Europäischen Rat vertreten soll.

Derzeit tritt der Präsident Rumäniens bei den Gipfeln der Europäischen Staats- und Regierungschefs für Rumänien auf. Die Premierministerin hingegen argumentiert, dass eine Vertretung Rumäniens durch die Regierungschefin Widersprüche vermeiden helfe.

Europarat, Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union – worum geht es? Der Europarat ist eine eigene internationale Organisation mit Sitz in Straßburg, der Europäische Rat und der Rat der EU sind aber Einrichtungen der Europäischen Union.

Der Europäische Rat ist die politisch höchststehende Institution der EU. Im Europäischen



Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis. APA/afp/DANIEL MIHAILESCU

Rat kommen 4-Mal im Jahr die Staats- und Regierungschefs zusammen. Dazu gesellen sich der Präsident der EU-Kommission sowie die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Entstanden ist der Europäische Rat aus informellen Treffen der Staatschefs. Seit dem Vertrag von Lissabon ist der Europäische Rat eine durchorgani-

sierte EU-Institution mit einem eigenen Präsidenten – gegenwärtig Donald Tusk, Expremier Polens. Der Europäische Rat gibt der EU Impulse und legt Strategien vor. EU-Gesetzgebung kann er nicht annehmen. Zunehmend hat sich der Einfluss dieses Gremiums ausgeweitet. Die „Schlussfolgerungen“, die der Europäische Rat nach seinen Sit-

zungen annimmt, prägen den politischen Lauf der EU.

Dennoch könnte der Europäische Rat nicht ohne dem Rat der EU existieren. Das ist jene zentrale EU-Institution, in der die Minister in 10 verschiedenen Konstellationen regelmäßig verhandeln und – in Zusammenspiel mit Europäischem Parlament und EU-Kommission – EU-Gesetzgebung erlassen.

Das Generalsekretariat des Rates ermöglicht und bereitet die Abhaltung der Europäischen Räte vor. Im Sekretariat arbeiten fast 3000 Beamte (davon knapp 300 aus Italien). Die Ratsformation der Außenminister ist besonders wichtig und trifft sich mindestens einmal im Monat. Im Vergleich dazu treffen einander die Bildungsminister kaum 4-mal im Jahr. Diese Minister-treffen werden von vielen Arbeitsgruppen vorbereitet, in denen Beamte aller 28 Mitgliedstaaten sitzen. Den Ministerräten wie den Arbeitsgruppen sitzt das jeweilige Vorsitzland vor – derzeit Rumänien.

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



nungen gab es kurz in Polen und Finnland.

„D“: Was kann der Europäische Rat, das der Ministerrat der EU nicht kann?

Toggenburg: Gewisse Entscheidungen sind diesem Spitzengremium vorbehalten. Es kann etwa entscheiden, dass die EU-Verträge geändert werden. Oder es kann im „Passe-relle“-Verfahren bestimmen, dass gewisse Dinge im Rat mit Mehrstimmigkeit statt mit Einstimmigkeit entschieden werden. Und der Europäische Rat hat eine prominente Rolle in der Außenpolitik.

„D“: Entzieht der Europäische Rat dem Parlament Macht?

Toggenburg: Was der Europäische Rat verhandelt passiert jenseits demokratischer Kontrolle. Doch die Leitlinien des Europäischen Rates sind durch EU Gesetzgebung auszugestalten. Hier kommt das Parlament zu einer tragenden Rolle.

„D“: Sind Konflikte um die Vertretungsmacht üblich?

Toggenburg: Nein. Bei neuen Mitgliedstaaten kann es ein Thema sein. So war es in Österreich ein Zankapfel zwischen Kanzler Franz Vranitzky und Präsident Thomas Klestil. Der Kanzler hat sich da 1995 durchgesetzt. Ähnliche Span-

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz